

20. Dezember 2018 | Nr. 17/12/2018

Zu Beschluss über den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses
„Rechtsterrorismus/NSU BW II“

Weinmann: Untersuchungsausschuss konnte Verschwörungstheorien ausräumen

Förderung einer positiven Einstellung zu Demokratie und Rechtsstaat ist beste Vorsorge vor
extremistisch motivierten Straftaten

Anlässlich des Landtagsbeschlusses über den Abschlussbericht des
Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus/NSU BW II“ sagte der Obmann der FDP im
Untersuchungsausschuss **Nico Weinmann**:

„Der zweite Untersuchungsausschuss zum mörderischen Handeln des Nationalsozialistischen
Untergrunds und seinem Umfeld hat mit engagiert und objektiv gearbeitet.
Verschwörungstheorien wurden ausgeräumt, ein mögliches Unterstützernetzwerk beleuchtet.
Für uns ist klar, dass Michele Kiesewetter das zehnte Todesopfer kaltblütiger, empathieloser, ja
menschenverachtender Mörder wurde. Aus Baden-Württemberg konnte keine direkte
Unterstützungshandlung festgestellt werden. Das Behördenhandeln wurde umfangreich
analysiert. Vieles würde man mit der Kenntnis von heute wohl anders gemacht haben, einiges
lag im Argen. Das von manchen unterstellte Behördenversagen hier im Land können wir
allerdings nicht attestieren. Aber auch der zweite Untersuchungsausschuss konnte mit seinen
parlamentarischen Mitteln, wie nicht anders zu erwarten war, nicht alle dunklen Geheimnisse
ans Licht bringen. Die Aufklärung dieser Terrorserie ist trotz der vielen
Untersuchungsausschüsse und des Urteils aus München nicht abgeschlossen. Das sind und
bleiben wir den Opfern schuldig.“

Insgesamt müssen wir stärker darauf achten, dass sich Extremisten, gleich ob rechts, links,
völkisch-nationalistisch oder religiös, nicht weiter Raum in der Gesellschaft verschaffen. Die
Förderung einer positiven Einstellung zu demokratischen Institutionen, zu Rechtsstaatlichkeit ist
dabei die beste Vorsorge vor Extremismus. Es bedarf präventiver Maßnahmen um zu
sensibilisieren. Es bedarf gerade für Kinder und Jugendliche einer pädagogischen Begleitung
für die offenen Fragen unserer Zeit, für die Extremisten jeglicher Couleur einfache Antworten
vorgaukeln. Eine Stärkung der Gesellschaftswissenschaften, des
Gemeinschaftskundeunterrichts an unseren Schulen ist dabei unerlässlich und für uns
zwingende Folge dieser gewonnenen Erkenntnis. Für Extremisten brauchen wir
Aussteigerprogramme, schlagkräftige Ermittlungsbehörden und rechtsstaatlich aber effektiv
agierende Nachrichtendienste. Hier ist überall noch deutlich Luft nach oben.“